

PROTOKOLL

über die 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Niddatal am 13.11.2012 im Bürgerhaus Bönstadt

Beginn: 20:00 Uhr / Ende: 22:10 Uhr

Als stimmberechtigt waren anwesend: (Tagesordnung: siehe Blatt 2)
(28 Mitglieder)

Ursula Einhoff
Michael Hahn - bis TOP 9
Petra Kremer
Oliver Herbert
Hans-Joachim Mücke
Florian Porth
Stephanie Rotter
Reinhard Schwarz
Hans-Peter Wittmann
Wernfried Fürtig
Erland Kalbhenn
Heinz Kimmel
Stefan Koschorr
Rolf Lamade
Christian Osmalz
Andreas Momberger
Achim Saßmannshausen
Dr. Dirk Schneider
Lutz Sierach
Elke Steppan
Christoph Preiser
Markus Nikleniewicz
Dennis Brechtel - bis TOP 7
Dieter Eisenberg
Oliver Seuss
Roland Gosebruch
Barbara Feige
Matthias Feige

es fehlten: Gerhard Einhoff - entschuldigt
Torsten Hahn - entschuldigt
Silke Merz - entschuldigt

vom Magistrat waren anwesend:

Dr. Bernhard Hertel
Kurt Meisinger
Arno Menk
Renate Fritz-Mann
Herbert Porth
Erhard Reiter

es fehlte: Kai Rauscher - entschuldigt

Schriftführerin: Hannelore Gunkel

TAGESORDNUNG:

- (1) Mitteilungen
- (2) Haushaltsführung der Stadt Niddatal
 - a) Aufhebung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 13.03.2012 (Haushaltssperre)
 - b) Vorlage des Ersten Nachtragshaushaltes 2012 (Vorlage-Nr. 75/2012)
- (3) Erste Änderung des Bebauungsplan A 7 „Am Amalienschloß“ Niddatal, Stadtteil Assenheim
Aufstellungsbeschluss gem. § 2, Abs. 1 BauGB (Vorlage-Nr. 70a/2012)
- (4) Bebauungsplan A 16 „Trauerhalle“ Niddatal, Stadtteil Assenheim:
Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 76/2012)
- (5) Baugebiete Bönstadt - Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 77/2012)
- (6) Baugebiete I 11 „An der Steinkaute“ und I 9 „Am Schinderweg“
Vergabe von Straßennamen (Vorlage-Nr. 72/2012)
- (7) Sanierung Bürgerhaus Ilbenstadt - Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 78/2012)
- (8) Sanierung und Erweiterung Kita Kaichen
Beschlussfassung (Vorlage-Nr. 79/2012)
- (9) Betreuungsschule Assenheim - Beschluss über die
Anmietung der Liegenschaft „Werner, Zuseweg 2“ (Vorlage-Nr. 80/2012)
- (10) Antrag der Fraktion B`90/Die Grünen
Sicherheit des Niddaferweges (Vorlage-Nr. 73/2012)
- (11) Antrag der Fraktion B`90/Die Grünen
Nutzung der Hausmeisterwohnung der GSS (Vorlage-Nr. 74/2012)
- (12) Anfrage des Stadtverordneten Dr. Dirk Schneider
Energiesparkonzept der Stadt Niddatal (Vorlage-Nr. 15/2012)

Eröffnung und Begrüßung

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 18. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Niddatal. Er stellt fest, dass die Einladungen mit den Tagesordnungspunkten rechtzeitig zugestellt wurden und die Stadtverordnetenversammlung beschlussfähig ist.

Zum Protokoll der 17. Sitzung am 11.10.2012 werden keine Einwände vorgebracht und somit gilt es als beschlossen.

Zur heutigen Tagesordnung hat Bürgermeister Dr. Hertel folgenden Änderungsantrag: Er teilt mit, dass dem Magistrat ein Schreiben der Bürgerinitiative („Errichtung einer Zweifeld-Sporthalle“) vorliegt, mit dem darum gebeten wird, dass die Stadtverordnetenversammlung die Beschlussfassung vom 11.10.2012 noch einmal aufgreift. Man möchte, dass die mit dem Wahlleiter abgesprochene Formulierung als Abstimmungstext im Wahlzettel übernommen wird und nicht die Version, die am 11.10.2012 in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde. Aus diesem Grunde stelle er den Antrag, dieses Anliegen als neuen TOP wie folgt aufzunehmen:
„Errichtung einer Zweifeldsporthalle - Abänderung des beschlossenen Textes für den Bürgerentscheid“.

Stadtverordnetenvorsteher Hans-Peter Wittmann lässt abstimmen, wer diesem Antrag „Aufnahme als TOP 2 - Text wie vorgenannt“ seine Zustimmung geben möchte.
Ergebnis: 11 Ja- 16 Nein-Stimmen 1 Nichtbeteiligung = damit abgelehnt

Weitere Änderungen zur heutigen Tagesordnung wurden nicht vorgebracht.

(1) Mitteilungen

Bürgermeister Dr. Hertel hat folgende Mitteilungen des Magistrates:

ÖPNV - Antrag zur Einrichtung einer zusätzlichen Bushaltestelle in Bönstadt

Der VdK Bönstadt ist an den Magistrat herangetreten, man möge prüfen, ob die Möglichkeit besteht, eine zusätzliche Bushaltestelle an der Ecke Kaicher Straße und Johann-Schmidt-Straße einzurichten. -- Begründet wird dieser Vorschlag damit, dass zunehmend Mitbürgerinnen und Mitbürger auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind. Für die älteren Bewohner im südlichen Teil ist dies mit großer Mühe verbunden, weil zwischen der Bushaltestelle in der Assenheimer Straße und dem Wohngebiet eine große Höhendifferenz zu überwinden ist. Für Personen mit körperlichen Handicaps ist dies besonders schwer.

Der Magistrat steht diesem Vorschlag positiv gegenüber und hat das Anliegen an die Verkehrsgesellschaft Oberhessen mit der Bitte um Stellungnahme weitergeleitet.

In diesem Zusammenhang gibt es noch eine weitere Mitteilung: Auf Rückfrage wurde uns mitgeteilt, dass in dem neuen Verkehrsplan wieder die alten Busverbindungen für unsere Schulkinder gelten sollen, d.h. dass die Busse wieder nach Friedberg und Bad Nauheim durchfahren und nicht mehr in Wöllstadt am Bahnhof in die S-Bahn umgestiegen werden muss.

KSG Bönstadt - Umsetzungsstand der neuen Flutlichtanlage und Auflösungsvertrag des bestehenden Erbbauvertrages

Sowohl die beschlossene Errichtung einer Flutlichtanlage auf dem neuen Sportplatz in Bönstadt als auch die Auflösung des Erbbauvertrages mit der KSG Bönstadt sind soweit vorbereitet, dass nach Vorliegen der aufsichtsbehördlichen Einzelgenehmigung der Ausgaben, oder der Genehmigung im Rahmen des Nachtragshaushaltplanes, die Maßnahmen begonnen werden können.

Bauhof - Ersatzbeschaffung einer Frontkehrmaschine

Um den reibungslosen Winterdienst des städtischen Bauhofes zu gewährleisten, hatte der Magistrat die Anschaffung einer Kehrmaschine zum Bruttopreis von rd. 6.700 Euro beschlossen. Damit wird eine 24 Jahre alte, stark reparaturbedürftige Kehrmaschine ersetzt.

Feuerwehrgerätehaus Kaichen - Auftragsvergabe

Der Magistrat hat zum Neubau des Feuerwehrgerätehauses Kaichen zwei Auftragsvergaben beschlossen:

1. die Errichtung von WC-Trennwänden - zum Bruttopreis von 2.671,55 Euro und
2. die Anschaffung eines Elektro-Schlauch-Trockenschrankes - zum Bruttopreis von 4.748,10 Euro.

Beschluss von Niederschlagungen von Forderungen

Trotz intensiver Bemühungen der Stadtkasse zur zwangsweisen Einziehung musste der Magistrat uneinbringliche Forderungen in Höhe von insgesamt rd. 53.000 Euro niederschlagen bzw. erlassen.

Arbeiten zur Eröffnungsbilanz

Im Haupt- und Finanzausschuss wurde besprochen, dass die Mitarbeiter im Finanzwesen Unterstützung durch die Beauftragung von Externen erhalten sollen. Die Mitarbeiterin dieser Gesellschaft, Frau Claudia Blum, zeigt großes Engagement. Sie hat bereits mehrere Mitarbeitergespräche geführt, und die bisherigen Zwischenergebnisse und Erkenntnisse vermitteln uns allen ein positives Gefühl. Wir sind nun sehr optimistisch, dass die Eröffnungsbilanz bis Ende April 2013 fertig sein wird.

Dr. Dirk Schneider hat nach diesen Ausführungen gefragt, wie sich die 53.000 Euro als uneinbringliche Forderungen zusammensetzen?

Der Bürgermeister sagt, er habe die Auflistung hierzu jetzt nicht vorliegen und hat vorgeschlagen, dass in der nächsten HuF Sitzung zu dem Nachtragshaushalt diese Unterlagen eingesehen werden können.

Markus Nikleniewicz möchte wissen, ob die 6.700 Euro für die Ersatzbeschaffung einer Kehrmaschine planmäßig vorgesehen waren?

Antwort: Diese Summe steht noch aus dem Gesamtetat für den Bauhof zur Verfügung und ist somit keine überplanmäßige Ausgabe.

Der Erste Stadtrat Kurt Meisinger teilt aus der letzten Zusammenkunft des **Regionalverbandes FrankfurtRheinMain** folgendes mit:

Aus der Arbeit des Regionalverbandes gilt es zu berichten, dass der Planungsausschuss und die Verbandskammer in ihrer Sitzung am 7.11.2012 der Ersten Änderung des Flächennutzungsplanes für die Stadt Niddatal - Stadtteil Assenheim für das Gebiet A „Seniorenheim“ und Gebiet B „Im kleinen Feld“ der Offenlegung in beiden Gremien einstimmig zugestimmt haben.

(2) Haushaltsführung der Stadt Niddatal

a) Aufhebung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 13.03.2012 (Haushaltssperre)

b) Vorlage des Ersten Nachtragshaushaltes 2012

Bürgermeister Dr. Hertel weist darauf hin, dass es zu **Punkt 2 a)** keine Vorlage gibt; die Aussage in der Sachlichen Darstellung sei ohnehin nicht positiv. Da dieses Thema sehr komplex ist, sollte zusammen mit dem Nachtragshaushalt im HuF noch einmal eingehend darüber beraten werden.

Stephanie Rotter hat mit ihren ausführlichen Darlegungen daran erinnert, dass immer wieder konkrete Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung angemahnt wurden und deren Beschlüsse und Umsetzung letztendlich ausgeblieben sind. Eine regelmäßige Information in der Stadtverordnetenversammlung sei ebenso nicht erfolgt und damit auch eine notwendige Steuerung verhindert worden.

Bürgermeister Dr. Hertel entgegnet, dass sich einzelne Sachverhalte im nachhinein oft anders darstellen. Den Vorwurf der „Untätigkeit“ weise er daher zurück. Im HuF Ausschuss könne man gerne noch einmal näher auf die Fragestellungen eingehen und die Unterlagen hierzu einsehen.

Dr. Dirk Schneider bezieht sich auf den Hintergrund der damaligen Haushaltssperre und dass man (grobgeschätzt) etwa 600.000 Euro hätte einsparen können, wenn die Beschlüsse hierzu erfolgt wären. Da hätte die Stadtverordnetenversammlung schon früher reagieren müssen. Seiner Meinung nach müsste die Haushaltssperre bestehen bleiben und er sehe zum jetzigen Zeitpunkt keinen weiteren Beratungsbedarf mehr.

Der Bürgermeister hat der vorgetragenen Beschlussempfehlung von Dr. Schneider widersprochen und auf anstehende, notwendige Ausgaben (z.B. für Energien) verwiesen, die bei einer Haushaltssperre nicht bedient werden könnten.

Achim Saßmannshausen hat zum Thema Haushaltssperre daran erinnert, dass über Dienstleistungen und Einsparpotentiale in der Vergangenheit schon mehrfach diskutiert wurde, aber konkret noch keine Beschlüsse gefasst werden konnten. Im HuF seien Entscheidungen letztendlich immer wieder verworfen worden.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nun abstimmen, wer dem Antrag auf Überweisung in den HuF seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 26 Ja- 1 Nein-Stimme 1 Nichtbeteiligung = somit überwiesen

b) Vorlage des Ersten Nachtragshaushaltes 2012

Bürgermeister Dr. Hertel erläutert auszugsweise einige Punkte des Ersten Nachtragshaushaltes 2012 und weist darauf hin, dass noch keine Entspannung der Finanzlage für unsere Stadt absehbar sei. Wir haben immer noch ein **Defizit im Ergebnishaushalt von 1,4 Mio Euro**. Von daher mussten wir auch die Anpassung der Investitionstätigkeiten schwerpunktmäßig verteilen.

Als erstes muss bedauerlicherweise gesagt werden, dass der Ansatz für die geplanten Grundstücksverkäufe Ilbenstadt (930.000) um 370.000 auf jetzt 560.000 Euro reduziert werden musste, da nicht alle Grundstücke wie erwartet verkauft werden konnten.

Da das Areal für das Seniorenheim in Assenheim als vollerschlossen verkauft wurde, müssen im Nachtrag die Kosten für Wasser, Kanal und Ausgleichsflächen = 124.000 Euro noch eingestellt werden.

Weitere Zusatzausgaben entstanden für die Erschließung des Gewerbegebietes K 5 = 100.000 Euro.

Für den Niddaradweg fallen 10.000 Euro als Investitionskostenzuschuss an.

Als **erfreulich** kann mitgeteilt werden, dass für die Feuerwehr Ilbenstadt in diesem Jahr ein neues Fahrzeug angeschafft werden kann (35.000 Euro). Hierfür mussten wir den Haushaltsansatz nicht erhöhen, da von der ursprünglich im Haushalt eingestellten Summe (200.000 Euro) für den Digitalfunk nur 50 % davon benötigt wurden.

Für das Feuerwehrgerätehaus Kaichen müssen keine weiteren Mittel im Nachtrag eingebracht werden. Die bisher bewilligte Summe von 50.000 Euro reicht aus.

Dorferneuerung Kaichen: Der Umbau Alte Schule = 350.000 Euro wird im nächsten Etat eingeplant.

Die restlichen Mittel aus dem Investitionsfond werden umgewidmet, um sie für andere Maßnahmen einsetzen zu können.

Die Sanierung der Trauerhalle steht auf unserer heutigen Agenda. Den Ansatz hierfür haben wir reduziert. Darauf kommen wir später noch zu sprechen.

Wir werden noch einige Verschiebungen zum Haushaltsausgleich vornehmen und gegebenenfalls auch Mittel vom Kapitalmarkt aufnehmen müssen.

Zum Abschluss dieses Vortrages bedankt sich Bürgermeister Dr. Hertel recht herzlich bei seinen Mitarbeitern, die diesen Haushalt erstellt haben und wünscht allen Beteiligten zielführende Beratungen im HuF.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt fest, dass gegen die vorgetragene Verfahrensweise kein Einspruch erhoben wird und bittet um Abstimmung, wer dem Vorschlag - nach gutem, alten Brauch - den Nachtragshaushalt 2012 direkt in den HuF Ausschuss zu überweisen, seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 28 Ja-Stimmen = einstimmig - so beschlossen

**(3) Erste Änderung des Bebauungsplanes A 7 „Am Amalienschloß“ Assenheim
Aufstellungsbeschluss gem. § 2 (1) BauGB**

Florian Porth berichtet, dass der Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt und Bauwesen in seiner Sitzung am 5.11.2012 über diesen Änderungsantrag beraten hat und dem Antrag einstimmig zugestimmt wurde.

Oliver Seuss sagt, dass er nicht nachvollziehen könne, warum auf großen Grundstücken nun verdichtet gebaut werden kann und die Baugrenzenausweitung „angegangen“ wird. Wie in der vorliegenden Sachlichen Darstellung erwähnt, soll doch der parkähnliche Charakter des Gebietes bestehen bleiben. Warum will man hier jetzt eine Aufweichung zulassen ?

Bürgermeister Dr. Hertel verweist auf den Antragsteller, mit dem im Zweifelsfall die genauen Maße der „geringfügigen“ Verdichtung noch einmal abgeklärt werden können und inwieweit hier eine Veränderung vorgenommen wird.

Dieter Eisenberg fügt noch an, dass es sich nach seiner Kenntnis bei diesen Grundstücken um „Erbbaurecht“ handelt, für die seinerzeit der Graf die Erschließungskosten übernommen hat.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der Ersten Änderung des Bebauungsplanes A 7 „Am Amalienschloß“ seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 23 Ja- 3 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = somit so beschlossen

**(4) Bebauungsplan A 16 „Trauerhalle“ Niddatal, Stadtteil Assenheim
Bekräftigung des Aufstellungsbeschlusses gem. § 2 (1) BauGB und
Festlegung des Sanierungsumfangs**

Bürgermeister Dr. Hertel verweist zu Beginn seiner Ausführungen auf die heute nochmals verteilte Vorlage zu diesem TOP und dass im ersten Lageplan eine fehlerhafte Angabe enthalten sei.

Mit Bezug auf die Bauausschuss-Sitzung am 5.11.2012, wo ausführlich diskutiert wurde, welche Baumaßnahme für die Trauerhalle in Frage kommen könnte, zitiert er den in der Stadtverordnetenversammlung am 20.9.2012 gefassten Aufstellungsbeschluss und gibt weitere Erläuterungen, mit welchen Überlegungen man sich inzwischen befasst hat. Man möchte jetzt den vorliegenden Aufstellungsbeschluss zur Abstimmung stellen, mit der Ergänzung: ... dass an der bestehenden Trauerhalle nur die unbedingt zur Erhaltung des Bauwerkes notwendigen Sanierungsarbeiten durchgeführt werden sollen.

Zu den Kosten, die zuerst mit 100.000 angesetzt wurden und jetzt rd. 150.000 Euro ausmachen sollen, sagt der Bürgermeister, dass darin die Errichtung einer Urnenwand enthalten sei.

Oliver Seuss gibt den Hinweis, dass man den Geltungsbereich für das gesamte Friedhofsgelände planungsrechtlich absichern sollte.

Petra Kremer und Dr. Dirk Schneider tragen mit ihren Argumenten vor, dass sie noch Klärungsbedarf sehen und empfehlen, im Ausschuss noch einmal darüber zu beraten.

Dieter Eisenberg vermisst in den vorausgegangenen Diskussionen, dass noch nicht über das „Friedhofsrecht“ gesprochen wurde. Laut dem Hessischen Friedhofsgesetz gibt es eine strikte Friedhofsaufsicht, und von dieser benötigen wir eine Genehmigung für den Nutzungszweck unseres Vorhabens.

Michael Hahn schließt sich mit weiteren Hinweisen der vorgenannten Empfehlung an, den noch anstehenden Klärungsbedarf in einer gemeinsamen Sitzung des HuF mit dem Bauausschuss zu erörtern.

Der Bürgermeister hat die vorgebrachten Anregungen dankbar aufgenommen und bestätigt, „dass wir da einer Meinung sind“. -- Zu den „finanziellen Unklarheiten“ verweist er auf die Gespräche mit der Architektin Frau Wagner und dem Bauausschuss, wo schon die Summe von 150.000 Euro im Raum stand.

Achim Saßmannshausen hat angemahnt, dass nicht ausreichend genug über die Aussprachen im Bauausschuss informiert worden sei, woraufhin Florian Porth diese gewünschten Angaben mitgeteilt hat.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nun abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte zu: „Der Bebauungsplan für den vorderen Bereich wurde bereits am 20.9.2012 beschlossen. Zur Abstimmung stehen jetzt die Sanierungsarbeiten und Nutzung der alten Trauerhalle mit Überweisung in den Bauausschuss und HuF.“

Ergebnis: 28 Ja-Stimmen = einstimmig - somit beschlossen

(5) Baugebiete Bönstadt - Beschlussfassung

Florian Porth berichtet, dass dieser Punkt im Bauausschuss behandelt wurde. Wie Bürgermeister Dr. Hertel vorgeschlagen hat, sollen diese Grundstücke noch einmal in der überregionalen Presse angeboten werden.

Der Bürgermeister fügt an, dass ein größerer Bauträger hierfür schon Interesse bekundet habe, jedoch konkretere Absichtserklärungen bis jetzt noch ausgeblieben sind.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt darüber abstimmen, dass die Baugebiete noch einmal in der überregionalen Presse angeboten werden sollen.

Ergebnis: 26 Ja- 1 Nein-Stimme 1 Enthaltung = so beschlossen

**(6) Baugebiete I 11 „An der Steinkaute“ und I 9 „Am Schinderweg“
Vergabe von Straßennamen**

Bürgermeister Dr. Hertel hat erläutert, warum die zwei Straßenbenennungen jetzt beschlossen werden sollen. Wie er sagt, könnte man es aber auch vorerst bei einer Benennung, und zwar der Haupteerschließungsstraße belassen.

Diesen Hinweis hatte Florian Porth gegeben und weiter vorgeschlagen, anstelle der beiden Namen „Berta-Benz-Straße“ und „Rudolf-Diesel-Straße“ die Bezeichnungen „Am Steinacker“ und „Am Lohgraben“ zu wählen.

Michael Hahn hat zu den letztgenannten Namensvorschlägen noch Hintergrundinformationen gegeben und auch dafür plädiert, dass die Namensgebungen ortsbezogener sein sollen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer der neuen Straßenbezeichnung „Am Steinacker“ seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 18 Ja-Stimmen 10 Enthaltungen = somit so beschlossen

(7) Sanierung Bürgerhaus Ilbenstadt - Beschlussfassung

Bürgermeister Dr. Hertel verweist auf die Sachliche Darstellung der Vorlage, worin mitgeteilt wird, dass eine Brandschutz-Begehung stattfindet bzw. inzwischen stattgefunden hat. Nach den geltenden Brandschutzbestimmungen dürfen sich in dem Bürgerhaus jeweils immer nur max. 200 Personen aufhalten. Entsprechend muss dann auch die Raumaufteilung ausgerichtet sein. -- Das Protokoll über diese Begehung liegt noch nicht vor und deshalb möchten man abwarten, bis weitere Informationen vorliegen. Danach können wir uns erst mit Details festlegen, die für die anstehenden Sanierungsmaßnahmen zu beachten sind. Bis zur nächsten Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2012 dürften diese Fragen geklärt sein.

Der Stadtverordnetenvorsteher fragt, ob sich gegen diese Entscheidung Widerspruch erhebt und erklärt danach, dass dieser TOP vertagt und **zurückgezogen wird.**

(8) Sanierung und Erweiterung Kita Kaichen - Beschlussfassung

Florian Porth berichtet, dass im Bauausschuss am 5.11.2012 über diesen Punkt beraten wurde und nach Abschluss der **kleinen Variante (1)** mit 8 Ja- und 1 Nein-Stimme zugestimmt wurde.

Dieter Eisenberg meldet sich zu Wort und analysiert nach seinem Verständnis die vorliegenden Zahlen über Geburten und Kleinkinder in Kaichen und Gesamt-Niddatal. Er sehe hier eine erhebliche Diskrepanz in der Sachlichen Darstellung und kann daher die beschriebene Argumentation nicht teilen. Weiter bringt er zum Ausdruck, dass das Angebot für Kinderbetreuung, gestaffelt nach Altersgruppen, so nicht ausreichend sei und die Realität anders aussehe.

Der Bürgermeister hat darauf hingewiesen, dass in den zurückliegenden Sitzungen über dieses Thema schon mehrfach diskutiert wurde. Er hätte keine Einwände, wenn das angezweifelte Zahlenmaterial entsprechend korrigiert wird, sofern es tatsächlich falsch sein sollte.

Michael Hahn hat hierzu auch noch Erläuterungen gegeben und gesagt, dass die Stadt Niddatal den gesetzlichen Anspruch, genügend Kindergartenplätze bereitzustellen, erfüllen muss. Das bedeutet auch, dass der Ausbau der vorhandenen Plätze notwendig wird und man dabei zukunftsorientiert planen muss.

Achim Saßmannshausen schließt sich im Namen seiner Fraktion den vorgetragenen Argumenten an und befürwortet, die erforderliche Sanierung und Erweiterung der Kita Kaichen vorzunehmen.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nach dieser ausführlichen Debatte abstimmen, wer seine Zustimmung geben möchte, dass gemäß der vorliegenden Planung (kleine Variante) die Kita Kaichen erweitert wird.

Ergebnis: 23 Ja- 2 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen = somit so beschlossen

P a u s e : von 21:30 - 21:40 Uhr

(9) Betreuungsschule Assenheim Beschluss über die Anmietung der Liegenschaft „Werner, Zuseweg 2“

Michael Hahn gibt zu diesem TOP sowie zu TOP 11 Erläuterungen und sieht noch Klärungsbedarf, weshalb er auch empfiehlt, diese beiden Punkte in den HuF zu überweisen.

Der Bürgermeister schließt sich den Argumenten von Herrn Hahn zum großen Teil an und ist auch der Meinung, dass die Laufzeit eines abzuschließenden Mietvertrages mit Herrn Werner noch einmal überdacht werden sollte. Es wäre also ratsam, erst einmal einen Mietvertrags-Entwurf auszuhandeln und sich dann nach Abwägung aller Vor- und Nachteile festzulegen. Hier ist nicht nur der Magistrat, sondern auch das Parlament gefordert.

Dieter Eisenberg verweist auf die Kreis-Schulverwaltung und dass wir von daher auch das Kreis-Schulrecht zu beachten haben. Dieses Schulrecht sollten wir in unsere Überlegungen mit einbeziehen.

Bürgermeister Dr. Hertel erinnert an die bereits mehrfach geführten Gespräche, wo eigentlich schon die rechtlichen Aspekte bedacht wurden. Sollten jetzt ggfs. Streitfragen auftreten, müsste eine juristische Klärung herbeigeführt werden. Aber das soll heute nicht Gegenstand unserer Diskussion sein. Wir wollen uns auf den eventuell abzuschließenden Mietvertrag konzentrieren.

Michael Hahn geht auf den zur Abstimmung zu stellenden Beschlussvorschlag ein, mit der entsprechenden Ergänzung, dass erst einmal ein Entwurf für einen Mietvertrag mit Herrn Werner ausgehandelt werden soll. Unter diesen Voraussetzungen würde er den Antrag auf Überweisung in den HuF zurückziehen.

Markus Nikleniewicz hat zugestimmt, dass wir uns mit einem Mietvertrags-Entwurf noch nicht festlegen und im Ausschuss die unklaren Einzelheiten besprechen sollten. Außerdem sei die Zuständigkeitsfrage immer noch offen.

Dr. Dirk Schneider sagt, dass man neben einer „Container-Lösung“ für einen Interimszeitraum (wie bereits von Markus Nikleniewicz vorgeschlagen), noch nach anderen Alternativen Ausschau halten sollte, wobei der finanzielle Aspekt auch zu bedenken sei.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt nun abstimmen, wer dem Antrag auf Überweisung in den HuF seine Zustimmung geben möchte.

**Ergebnis: 3 Ja- 14 Nein-Stimmen 9 Enthaltungen 1 Nichtbeteiligung
= somit abgelehnt**

Weiter lässt er darüber abstimmen, wer dem Beschlussvorschlag, mit der ergänzenden Formulierung: ... dass mit Herrn Werner **ein Mietvertrags-Entwurf** ausgehandelt und abgestimmt werden soll ... seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 24 Ja- 3 Nein-Stimmen = somit so beschlossen

(10) Antrag der Fraktion B`90/ Die Grünen Sicherheit des Niddauerweges

Dieter Eisenberg nimmt Bezug auf die vorletzte Stadtverordnetenversammlung, wo beschlossen wurde, dass die Wegeführung an der Kreuzung Inlinerhalle überprüft werden soll. Bevor hierüber weiter diskutiert wird, sollte der Bauausschuss sich mit diesem Problem erst einmal befassen. Daher beantrage er die Überweisung in diesen Ausschuss.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 23 Ja- 3 Nein-Stimmen = somit so beschlossen

**(11) Antrag der Fraktion B`90/ Die Grünen
Nutzung der Hausmeisterwohnung der GSS**

Dieter Eisenberg möchte beantragen, dass über dieses Thema im HuF noch einmal beraten wird. Er hat dabei auf das Protokoll vom 9.5.2009 verwiesen, worin festgehalten wird, dass auf dem Schulgelände keine bauliche Möglichkeit mehr für eine Ganztagsbetreuung von Schulkindern vorhanden sei. Deshalb habe er die Hausmeisterwohnung auf dem Schulgelände für Betreuungszwecke ins Auge gefasst.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt abstimmen, wer dem Antrag auf Überweisung in den HuF seine Zustimmung geben möchte.

Ergebnis: 15 Ja- 11 Nein-Stimmen = so beschlossen

**(12) Anfrage des Stadtverordneten Dr. Dirk Schneider
Energiesparkonzept der Stadt Niddatal**

Bürgermeister Dr. Hertel hat den Antrag mit den **Fragestellungen von 1 - 3** beantwortet und hierzu entsprechende Anlagen mit ausführlichem Zahlenmaterial beigelegt. Er hat noch angeboten, wenn sich zu den einzelnen Angaben Fragen stellen sollten, dass man diese im Ausschuss bzw. in der nächsten Stadtverordnetenversammlung erläutern könnte. Für die Stadtverordneten, die diese Unterlagen heute nicht erhalten haben, können Exemplare noch angefordert werden.

1) Was waren die Ergebnisse des Energiesparkonzeptes ?

Antwort: siehe Anlage 1

2) Wie sieht der Umsetzungsplan der vorgeschlagenen Maßnahmen aus ?

Antwort: siehe Anlage 1

Für wann kostenintensive Maßnahmen vorgesehen werden, muss im Rahmen der anstehenden Haushaltsberatungen HH 2013 geklärt werden.

3) Wie wird sich die Umsetzung auf die Haushalte 2012, 2013 und 2014 auswirken ?

Antwort: siehe Anlage 1 und die Antwort zu Frage 2.

Das war der letzte Punkt der heutigen Tagesordnung und der Stadtverordnetenvorsteher erklärt um 22:10 Uhr die Sitzung für beendet.

Er bedankt sich wieder für die teilweise sehr engagierte und konstruktive Mitarbeit und wünscht den Damen und Herren einen guten Nachhauseweg.

Wittmann
Stadtverordnetenvorsteher

Gunkel
Schriftführerin